

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Der ungewöhnliche Weg des Andreas Aebi

Politik Die Bundeshaus-Karriere des höchsten Schweizer begann ziemlich unkonventionell: Andreas Aebi wusste zuerst gar nicht, dass er für den Nationalrat nominiert ist. **Seite 9**

Chalet in Gstaad macht viele Reiche zu Bernern

Rating In Bern leben 26 der 300 reichsten Schweizer. Was auffällt: Viele sind internationale Unternehmer mit einem Wohnsitz in Gstaad. **Seite 3**

Die Bibliothek für Nachteulen

Kultur Dank Nicole Lehmann kann man in Grosshöchstetten fast rund um die Uhr Bücher ausleihen. **Seite 21**



AZ Bern, Nr. 282 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 0°/2°
Viele Wolken machen heute der Sonne Konkurrenz. Mit Bise ist es kühl.

Morgen -1°/3°
Im Laufe des Donnerstags zeigen sich sonnige Abschnitte.

Seite 26

Heute

Leiterin verlässt Schulamt in Probezeit

Stadt Bern Nach einem knappen Jahr tritt die Leiterin des Schulamts, Anna Bütikofer, zurück. Sie tut dies nach einem turbulenten Jahr für das Schulamt, mit Corona-bedingten Schulschliessungen und anhaltenden Problemen mit «base4kids». **Seite 5**

Der Gemeinderat hat sich verspekuliert

Kirchlindach Der Gemeinderat wollte die Gemeindeversammlung mit zwei heissen Traktanden unbedingt durchführen. Doch die knapp 200 Anwesenden stimmten wegen der Corona-Situation für einen vorzeitigen Abbruch. **Seite 6**

Der erste Winter der Sommerlinden

Belp Im vergangenen Frühjahr wurde die alte Kastanienallee bei der Campagne Oberried gefällt. Das sorgte für Kritik. Nun wurden 36 Sommerlinden gesetzt. Auch der Weg und der Teich wurden erneuert. **Seite 6**

Sanftes Wachstum zum zweiten Dorfzentrum

Biglen Auf dem Bahnhofareal sollen rund 40 neue Wohnungen entstehen. Das Stimmvolk muss aber vom Gemeinderat noch vom Überbauungsprojekt überzeugt werden. **Seite 7**

Was Sie wo finden

Unterhaltung 19
Forum 25
TV/Radio 27

Anzeigen
Todesanzeigen 8/20

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern 031 330 31 11
Abo-Service 0844 844 466 (Lokalstar)
Redaktionen
Burgdorf 034 409 34 34
Bern 031 330 33 33
Redaktion E-Mail
redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen 031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



SC Bern: Der überforderte Trainer geht, die Unruhe bleibt

Eishockey Mit der Trennung von Don Nachbaur endet in Bern ein Missverständnis. Doch der Headcoach war und ist nicht das grösste Problem beim SCB.

Reto Kirchhofer

Es waren Worthülsen, die der SC Bern gestern in seinem Communiqué verbreitete: «Don Nachbaur hat dem SCB mitgeteilt, dass er sein Amt als Headcoach aus persönlichen Gründen per sofort niederlegt. Der SCB bedauert den Rücktritt seines Trainers sehr.» Ob tatsächlich Nachbaur den entscheidenden Schritt

in Richtung Trennung ging, darf bezweifelt werden. Mit Sicherheit hält sich beim SC Bern das Bedauern in Grenzen. Der Trainer war chaotisch und der Aufgabe SCB nicht gewachsen. Seine Wahl stellt Geschäftsführer Marc Lüthi und Sportchefin Florence Schelling ein schlechtes Zeugnis aus. Allerdings ist mit Nachbaur's Abgang das grösste Problem beim SCB nicht gelöst.

Seit Monaten herrscht in der Postfinance-Arena dicke Luft – was nicht nur mit den Folgen der Pandemie zu tun hat. Das Klima ist geprägt von Unzufriedenheit und Ränkespielen. In einem solchen Umfeld wird es auch für Mario Kogler schwierig werden, das Team auf Kurs zu bringen. Der 33-jährige Österreicher übernimmt ad interim. Zur Trainercrew stossen der frühere

Sportchef Alex Chatelain und Ex-NHL-Spieler Mark Streit. «Wenn wir Schwein haben, ist Kogler ein Hansi Flick», sagt Lüthi. Der CEO erinnert an den Trainer des FC Bayern, der in München ad interim übernommen hatte und die Equipe zu drei Titeln führte. Sportlich ist der Vergleich nicht zulässig – in Bezug auf den Ruf der Bayern als «FC Hollywood» schon eher. **Seite 15**

Die Erweiterung des Dählhölzli-Restaurants stösst auf Kritik



Stadt Bern Soll das Tierpark-Restaurant saniert und ausgebaut werden? Ersteres ist unbestritten, doch der Erweiterungsausbau für 3,7 Millionen Franken wird im Stadtrat zu reden geben – etwa, weil er Aussenplätze verdrängen und unpassende Nutzungen ins Dählhölzli bringen würde. (hae) **Seite 5** Foto: Christian Pfander

Nach dem Debakel muss die FDP über die Bücher

Wahlen Stadt Bern Nach ihrer eklatanten Niederlage bei den Berner Stadt- und Gemeinderatswahlen bleibt die FDP ohne Regierungsbeteiligung und kommt gemeinsam mit dem Jungfreisinn im 80-köpfigen Parlament nur noch auf 8 Sitze. Spätestens nach der erneuten Wahlniederlage scheint klar: Der konservative Kurs und die Partnerschaft mit der SVP im bürgerlichen

Bündnis, welche die FDP unter Parteipräsident Christoph Zimmerli und Fraktionschef Bernhard Eicher verfolgten, sind gescheitert. Will die FDP in der «linksten Stadt der Schweiz» wieder Regierungsverantwortung übernehmen, muss die Partei ihrem progressiven, sozial-liberalen Flügel im Stadtrat folgen und sich gegen die Mitte hin orientieren. (bit) **Seite 4**

Impfstrategie ist da, doch die Skepsis wächst

Corona Die Risikogruppen zuerst: So lautet verkürzt die Strategie des Bundes für die erste Phase der Corona-Impfungen. Vorrang haben Menschen über 65 und solche mit Vorerkrankungen sowie das Gesundheitspersonal. Allerdings: Entgegen der Strategie des Bundes will sich aktuell nur jeder Zweite gegen Corona impfen lassen. Skeptisch sind vor allem Frauen und Jun-

ge. «Wenn eine Impfung Menschen aus der Risikogruppe vor schweren Krankheitsverläufen schützt, werden die Intensivstationen entlastet», erklärt Christoph Berger, Leiter der Eidgenössischen Impfkommision. Eine Impfpflicht wäre derzeit nicht mehrheitsfähig. Eine solche ist aber auch nicht geplant, wie Gesundheitsminister Alain Berset bekräftigte. (red) **Seite 10**

Keine PUK für Blausee

Kanton Bern Zur illegalen Ablagerung von Gleisschotter im Steinbruch Mitholz wird es keine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) geben. Der Grosse Rat hat am Dienstag einen entsprechenden Vorstoss der Grünen deutlich abgelehnt. Der Tenor im Rat lautete, dass auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) die Untersuchung durchführen könne. Denn auch sie habe weitreichende Kompetenzen. Dieser Meinung ist auch Fritz Ruchti, Vizepräsident der GPK. Er stellt im Interview in Aussicht, dass seine Kommission das Geschäft seriös und in aller Tiefe angehen werde. «Wir wollen uns im Nachhinein nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass wir gesagt hätten, wir könnten die Sache stemmen und hätten dann unsaubere Arbeit gemacht», sagt Ruchti. Für die Untersuchung wird die GPK eine zusätzliche Person engagieren. Zudem mussten sich die Geschäftsleitungsmitglieder verpflichten, die Arbeit zu Ende zu führen. Ruchti erwartet die Resultate noch im nächsten Jahr. (mab) **Seite 2+3**

Die Ehe für alle erhält den Segen des Parlaments

Bern Vor ziemlich genau sieben Jahren reichte Nationalrätin Kathrin Bertschy von den Grünliberalen ihren Vorstoss für eine Ehe für alle ein. Am Dienstag hat die Vorlage die entscheidende Hürde genommen: Der Ständerat sagt knapp Ja zum neuen Gesetz. Widerstand gegen die Ehe für alle kam vorab aus den konservativen Kantonen.

Für die Initiantinnen der Ehe für alle war gestern ein historischer Tag. Seit der Lancierung des heftig umstrittenen Themas haben sich Gesellschaft und Politik fundamental gewandelt. «Und jetzt ist dieser Wandel sogar im Ständerat angekommen», sagt Bertschy. «Wenn auch ziemlich knapp.» (los) **Seite 11**

Junge SVP blitzt mit ihrer Beschwerde ab

Ausländische Fahrende Die Junge SVP erleidet Schiffbruch, das Verwaltungsgericht weist ihre Beschwerde gegen den Urnengang vom 9. Februar ab. Die Bernerinnen und Berner hatten damals 3,3 Millionen Franken für den Transitplatz Wileroltigen bewilligt – unter falschen Voraussetzungen, wie die Jungpartei moniert. Zu Unrecht, hält das Gericht nun fest. (skk) **Seite 2**

Die 3,3 Millionen für die Fahrenden können fliessen

Transitplatz Wileroltigen Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde der Jungen SVP abgewiesen.

Die Abstimmung vom 9. Februar ist gültig, der Transitplatz für ausländische Fahrende an der Autobahn bei Wileroltigen kann gebaut werden. Letzte Woche hat das Verwaltungsgericht die Beschwerde der Jungen SVP gegen den kantonalen Urnengang abgewiesen und so den Kampf der Partei gegen das Ja zum 3,3-Millionen-Kredit abrupt beendet. Das bestätigen die Co-Präsidenten Adrian Spahr und Nils Fiechter auf Anfrage.

Die JSVP wird auf einen Weiterzug ans Bundesgericht verzichten. Mit dem vorliegenden Urteil habe sich bereits ein höheres Gericht mit der Abstimmung befasst. Die Richter in Lausanne würden bei dieser Ausgangslage «nur bei offensichtlichen Sachverhaltsmängeln einschreiten», den Sachverhalt also «nur auf Willkür prüfen».

Umstrittenes Polizeigesetz

Ihre Beschwerde hatte die Jungpartei erst knapp drei Monate nach dem kantonalen Urnengang erhoben. Sie bezog sich dabei auf einen Entscheid, den die Bundesrichter in anderer Sache gefällt hatten: Ende April strichen sie aus dem neuen kantonalen Polizeigesetz vier umstrittene Artikel. Diese hätten der Polizei erlaubt, ausländische Fahrende ohne rechtliches Gehör innerhalb von 24 Stunden von einem Halteplatz auf privatem oder öffentlichem Grund wegzuweisen.

In ihrer Beschwerde zum Kredit hielt die JSVP fest, dass Politiker im Vorfeld der Abstimmung nur zu gern just mit dem neuen Polizeigesetz für ein Ja geworben hätten. Die vier Artikel, habe es geheissen, könnten nur dann griffig angewandt werden, wenn der Kanton den Fahrenden eine legale Alternative anbieten könne. Den Halteort bei Wileroltigen eben.

Doch nun könnten die Artikel gar nicht in Kraft treten. Die Bernerinnen und Berner hätten deshalb unter falschen Voraussetzungen abgestimmt. Der Urnengang sei für ungültig zu erklären.

Nicht die zentrale Rolle

Das Verwaltungsgericht sieht es anders. Es weist die Beschwerde mit der Begründung ab, das Polizeigesetz habe im Abstimmungskampf gar nicht die zentrale Rolle gespielt, die ihm die JSVP zuspreche. Zwar sei hin und wieder mit den Artikeln tatsächlich gefochten worden – und anderem auch von der zuständigen Regierungsrätin Evi Allemann.

Weit wichtiger sei aber das Argument gewesen, dass der Kanton mit einem offiziellen Platz erstens seiner Verantwortung den Fahrenden gegenüber nachkomme. Und damit zweitens auch illegalen Landnahmen vorbeuge.

Das Polizeigesetz dürfte die Berner zwar «vereinzelt beeinflusst haben», stellt das Urteil zusammenfassend fest. Die Abstimmungsvorlage habe ihre Überzeugungskraft grundsätzlich aber auch ohne die vier Artikel aus dem Polizeigesetz behalten. Deshalb sei «nicht anzunehmen, dass die Stimmberechtigten objektiv nicht in der Lage waren, sich eine hinreichende und sachbezogene Meinung zu bilden».

Stephan Küenzi

Blausee-Bericht soll im nächsten

Interview zum Lötschbergschotter Bei der Aufarbeitung des Umweltskandals Blausee setzt das Parlament auf die Geschäftsprüfungskommission. Vizepräsident Fritz Ruchti über die grössten Herausforderungen.

Interview Marius Aschwenden

Herr Ruchti, die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat extra für die Blausee-Untersuchung personell aufgerüstet. Weshalb?

Fritz Ruchti: Unser Sekretariat hat schlicht nicht genügend Kapazitäten, um die anstehenden Arbeiten seriös anzugehen. Nach dem heutigen Entscheid des Grosse Rates können wir nun Nägel mit Köpfen machen und eine zusätzliche Person anstellen, die uns rasch zur Verfügung stehen wird. Es handelt sich dabei um einen Kenner der kantonalen Parlamentsbetriebe. Man muss schon sehen: Wenn man diese Untersuchung seriös durchführen will, wird viel Arbeit auf uns zukommen. Insbesondere in der Anfangsphase.

Weshalb insbesondere in der Anfangsphase?

Man muss viele Einladungen für Anhörungen schreiben, Dokumente organisieren und andere administrative Arbeiten erledigen.

«Für die Installation einer PUK hätte die Zeit in dieser Session schlicht nicht gereicht.»

Fritz Ruchti

Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission

gen. Hinzu kommt, dass die GPK normal weiterfunktioniert. Wir haben neben dem Blausee noch andere Geschäfte, die wir betreuen. Jetzt kommt einfach ein weiteres dazu.

Wäre es also nicht sinnvoller gewesen, eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen, sodass die GPK entlastet würde?

Nein, dieser Meinung bin ich nicht. Wir haben die Sache intern diskutiert und eine Sonderkommission gebildet, der die gesamte GPK-Geschäftsleitung angehört. Die Mitglieder mussten sich verpflichten, dass sie die laufende Legislatur zu Ende führen werden und genügend Zeit für die Untersuchung aufwenden können. Wir sind bereit.

Weshalb hat sich die Geschäftsprüfungskommission also gegen eine PUK ausgesprochen?

Für die Installation einer PUK hätte die Zeit in dieser Session schlicht nicht gereicht. Bei der ersten und einzigen PUK im Kanton Bern vor zehn Jahren dauerte es über eine Woche, bis der Grosse Rat über die Details befinden konnte. Die Beschlussfassung hätte diesmal somit in die Märzsession verschoben werden müssen. Die GPK kann hingegen sofort beginnen, wir sind agiler. Kommt hinzu, dass wir viel Erfahrungen mit kantonsnahen Unternehmen wie BLS



Fritz Ruchti, Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission, will die Blausee-Untersuchung rasch angehen. Foto: Nicole Philipp

Jahr vorliegen

oder BKW haben. Diese wollen wir auch bei diesem Geschäft einbringen.

Welche Fragen stehen bei der Blausee-Untersuchung im Vordergrund?

Wir haben ein Konzept mit Themen formuliert. Einerseits wollen wir die Rolle der BLS Netz AG anschauen. Andererseits geht es primär um jene des Kantons. Welche Rolle nahm oder nimmt er wahr bei der Aufsicht im Abbau- und Deponiewesen, dem angeblich abgesagten Polizeieinsatz, dem Grund- und Trinkwasserschutz im Bereich des Blausees, der dortigen Tierhaltung, der Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels und schliesslich auch bei der Aufsicht über die BLS Netz AG, wo er Minderheitsaktionär ist? Aus diesen Themenfeldern resultieren gegen 80 Fragen, die wir klären wollen. Es ist aber momentan noch zu früh, diese im Detail zu veröffentlichen.

Das tönt nach einer komplexen Untersuchung.

Ja, das muss es auch sein. Wir wollen uns im Nachhinein nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass wir gesagt hätten, wir könnten die Sache stemmen und hätten dann unsaubere Arbeit gemacht.

Was hat die Kommission bisher bereits unternommen?

Neben dem Grundkonzept haben wir bereits viele Unterlagen und Akten eingefordert. Uns liegt sehr viel Material vor, das wir nun analysieren können. Die eigentliche Startsituation wird aber erst im Januar stattfinden.

Wann soll die Untersuchung abgeschlossen sein?

Spätestens Ende Legislatur. Aber ich rechne eher mit Sommer oder Herbst 2021.

Gehen Sie die Arbeiten prioritär an?

Ja. Es ist eine Sonderkommission, die sofort loslegen wird. Wir können aber auch selektiv vorgehen, da die Staatsanwaltschaft

«Einerseits wollen wir die Rolle der BLS anschauen. Andererseits geht es um jene des Kantons.»

Fritz Ruchti
GPK-Vizepräsident

«Die Regierung hat uns zugesichert, dass wir sämtliche Unterlagen erhalten werden.»

Fritz Ruchti
GPK-Vizepräsident

ebenfalls ermittelt. So geht es uns etwa nichts an, weshalb die Forellen in der Blausee-Fischzucht wirklich gestorben sind. Das ist Sache der Strafuntersuchung. Wir wollen beispielsweise wissen, ob das Bewilligungsverfahren der Lötschbergsanierung beim Amt für Wasser und Abfall korrekt abgelaufen ist, wann der Kanton Wasserproben genommen hat oder wie der abgelagerte Schotter analysiert worden ist.

Verhalten sich die kantonale Verwaltung und die BLS kooperativ?

Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig.

Gerade die BLS ist in letzter Zeit aber damit aufgefallen, nicht alle Dokumente rauszurücken zu wollen.

Sie sprechen den PWC-Bericht zum Subventionsskandal an. Das ist eine andere Geschichte. Aber auch diesbezüglich ist für die GPK klar: Wir haben den Bericht eingefordert, und unser klares Ziel ist es, dass wenigstens eine ungeschwärzte Version beim Kanton vorhanden ist – entweder bei der Regierung, der Finanzkontrolle oder bei der GPK.

Betreffend Blausee oder Lötschbergsanierung haben Sie aber noch keine solche



Naturidyll im Kandertal: der Blausee. In den letzten Jahren starben in der benachbarten Fischzucht immer wieder Forellen. Foto: Susanne Keller

Weigerungshaltung bei der BLS gespürt?

Nein. Aber wir beginnen mit der eigentlichen Arbeit auch erst.

Im Grossen Rat war umstritten, ob die GPK genügend Kompetenzen hat, um an alle Unterlagen zu kommen. Wie sehen Sie das?

Wir haben genügend Möglichkeiten. Die Regierung hat uns zudem zugesichert, dass wir von ihr sämtliche Unterlagen erhalten werden. Wir könnten diese auch einfordern. Man darf aber nicht vergessen, dass jeder das Recht hat, seine Aussage zu verweigern. In solchen Fällen können auch wir nichts machen.

Wäre eine parlamentarische Untersuchungskommission hier nicht im Vorteil gewesen, schliesslich hat sie weitergehende Informationsrechte?

Nein, das glaube ich nicht. Die Unterschiede sind derart marginal, dass diese kaum eine Rolle spielen.

Mit was für Kosten rechnen Sie?

Die letzte PUK kostete 530'000 Franken. Wir rechnen für unsere Untersuchung mit deutlich weniger als der Hälfte.

Die eröffnete Untersuchung betrifft die Blausee-Geschichte. Letzte Woche reichte der Bund wegen des Subventionsskandals Anzeige gegen die BLS ein. Wird auch das ein Thema für die GPK?

Ja, natürlich. Wie gesagt: Die bereits laufenden Untersuchungen bei der GPK werden nicht abgebrochen oder zurückgestellt. Unser Schwerpunkt auf die BLS bleibt bestehen, gerade auch bei der Subventionsgeschichte. Mit jeder Neuigkeit, die zur BLS rauskommt, wird unsere Untersuchung erweitert.

Grosser Rat lehnt PUK ab

Zur illegalen Ablagerung von Gleisschotter auf dem Gelände des Steinbruchs Mitholz wird es keine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) geben. Der Grosse Rat hat am Dienstag einen entsprechenden Vorstoss der Grünen deutlich abgelehnt. Der Tenor im Rat lautete, die Geschäftsprüfungskommission (GPK) habe im September bekannt gegeben, sie starte eine Untersuchung. Auch diese

Kommission habe weitreichende Kompetenzen. Es reiche, wenn sie untersuche. Die Einsetzung einer PUK sei aufwendig. Die GPK könne hingegen rasch vorwärts-machen.

Im September hatten Recherchen dieser Zeitung gezeigt, dass in der Fischzucht Blausee wiederholt Tausende von Fischen verendet sind. Die Blausee-Besitzer vermuten, dass giftige Rückstände aus dem Gleisschotter oder aus

Eisenbahnschwellen ins Wasser der Fischzucht gelangten.

Der teils mit Giftstoffen belastete Schotter und die Schwellen stammen aus dem Lötschberg-Scheiteltunnel, den die BLS seit 2018 saniert, und von weiteren BLS-Baustellen. Das Material wurde teilweise illegal auf dem Gelände des Steinbruchs deponiert, wie der Kanton Bern festgehalten hat. Eine Strafuntersuchung läuft. (mab/sda)



Ernesto Bertarelli (55) hat die legendäre Segelregatta America's Cup zwei Mal gewonnen. Multimilliardär wurde er mit dem Verkauf des Biotechunternehmens Serono im Jahr 2006. Foto: Getty Images



Hansjörg Wyss (85) gründete den Medizinaltechnik-Konzern Synthes. Foto: Franziska Scheidegger



Laurence Graff (82) gehört zu den einflussreichsten Juwelieren weltweit. Foto: Getty Images

Die reichsten Berner sind vor allem Gstaader

«Bilanz»-Rating Viele der Reichsten im Kanton sind keine «echten» Berner, sondern internationale Unternehmer mit Chalet in Gstaad.

26 der 300 Reichsten in der Schweiz wohnen im Kanton Bern. Sie besitzen zusammen rund 50 Milliarden Franken. Würde man das Geld auf alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons verteilen, bekäme jeder einen stolzen Weihnachtsbatzen von fast 48'600 Franken.

Gemäss dem Rating des Wirtschaftsmagazins «Bilanz», das vergangene Woche erschienen ist, gibt es kaum Veränderungen bei den reichsten Bernerinnen und Bernern. Die Spitze führt nach wie vor die Familie Bertarelli an, gefolgt von Synthes-Gründer Hansjörg Wyss und Luxus-Unternehmer Laurence Graff.

Auffällig ist, dass gleich 10 der 27 Reichsten im Kanton keine gebürtigen Bernerinnen und Berner sind. Sie werden lediglich dazugezählt, weil sie ein Chalet in Gstaad besitzen. Das trifft etwa auf Ernesto Bertarelli zu, der weltweit in Life Sciences und Biotechnologie investiert. Auch Laurence Graff, der mit seiner Firma Graff Diamonds ausge-

suchte Juwelen vertreibt, ist eigentlich in England geboren, hat die Schweiz aber zu seiner Wahlheimat auserkoren.

Der einzige Neue in der Berner Liste taucht ebenfalls auf, weil er sich ein Domizil in Gstaad geleistet hat: Byron Baciocchi hat mit seinem Jugendfreund Max-Hervé George die Immobilienfirma Ultima Capital mit Sitz in Zug gegründet. «Das Geschäft mit exklusiven Wohnimmobilien sowie mit Luxushotels lief derart gut, dass das Duo die Firma vor rund einem Jahr an die Börse brachte», schreibt die «Bilanz». Das brachte den beiden zusammen ein Vermögen von schätzungsweise 400 bis 450 Millionen Franken ein.

Halbe Milliarde gespendet

Die Reichen konnten ihr Vermögen ungefähr halten. Zu den Verlierern gehört jedoch der 85-jährige Hansjörg Wyss, der dank dem Verkauf seines Medizinaltechnik-Konzerns Synthes an den US-Multi Johnson & Johnson zum Multimilliardär avancierte.

Das liegt jedoch nicht etwa daran, dass er schlecht gewirtschaftet hätte. Nein, der Mäzen hat auch 2020 erneut sehr viel Geld gespendet. Dadurch hat sich sein geschätztes Vermögen um rund eine halbe Milliarde Franken verringert. Hansjörg Wyss ist damit auf Kurs: Er hat versprochen, bis 2028 eine ganze Milliarde für den Umweltschutz zu spenden.

Ebenfalls Geld verloren haben in diesem unternehmerisch schwierigen Jahr die Familie Hayek mit ihrer Swatch Group, Walter Fust mit seinem Engagement bei den angeschlagenen Maschinenbau-Firmen Tornos und Starrag sowie die Familie Inäbni, deren Lebenswerk die Medizinaltechnik-Gruppe Haag-Streit ist.

Zulegen konnte dagegen Laurence Graff. Sein Imperium für Juwelen, Uhren und Kunst bescherte ihm gemäss «Bilanz» einen Vermögenszuwachs von rund 500 Millionen Franken.

Mirjam Comtesse

Die reichsten Bernerinnen und Berner

	Name	Vermögen	Geschäftsfeld
1	Familie Bertarelli	14 bis 15 Mrd.	Beteiligungen, Pharma, Biotech
2	Hansjörg Wyss	6 bis 7 Mrd.	Pharma- und Konsumgüter
3	Laurence Graff	4,5 bis 5 Mrd.	Juwelen, Uhren, Kunst
4	Familie Hayek	3 bis 3,5 Mrd.	Uhren
5	Erben Curt Engelhorn	3 bis 3,5 Mrd.	Pharma, Beteiligungen
6	Erben Thyssen-Bornemisza	3 bis 3,5 Mrd.	Mischkonzern, Kunst
7	Bernie Ecclestone	2,5 bis 3 Mrd.	Autorennsport, Beteiligungen
8	Familie Mimran	2 bis 2,5 Mrd.	Handel, Hotel, Kunst
9	Familie Michel	1,5 bis 2 Mrd.	Medizintechnik, Kunst, Uhren